

# Deutsche Waffen im Visier der Kirchen

»Weder die Bundesregierung noch das Generalsekretariat des Europäischen Rates haben die Zahlen und Werte über Rüstungsexportgenehmigungen in 2009 zur Verfügung gestellt«, kritisierten die beiden großen Kirchen bei der Vorstellung ihres Rüstungsexportberichtes im Dezember 2010. Damit sei ein Höhepunkt fehlender Information und mangelnder Beteiligung im sensiblen Feld der Rüstungsexportpolitik erreicht. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem 140 Seiten umfassenden 14. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

## Deutschland weiterhin drittgrößter Waffenexporteur

Die renommierte US-amerikanische Studie *Conventional Arms Transfers to Developing Nations* beziffert die deutschen Rüstungstransfers im Jahr 2009 auf 2,8 Milliarden US-Dollar (das entspricht 8 Prozent des Weltrüstungshandel). Damit rangiert Deutschland hinter den USA (41 Prozent) und Russland (10,6 Prozent) weiterhin auf Platz drei.

Nach Einschätzung des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind die deutschen Rüstungsexporte zwischen 2005 und 2009 um 100 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2000 bis 2004 gestiegen.

## Hoher deutscher Anteil am Kleinwaffenhandel

Deutschland hat einen vergleichsweise hohen Anteil am weltweiten legalen Handel mit kleinen und leichten Waffen. In den zurückliegenden Jahren ist zudem ein Anstieg der Genehmigungswerte für die Ausfuhr von Munition und von Fertigungsanlagen für Waffen und Munition zu verzeichnen. Die GKKE kritisiert die destabilisierende und entwicklungshemmende Wirkung der Kleinwaffen. Sie gehören nicht in Konfliktregionen und nicht in Entwicklungsländer, wohin sie legal gelangen – wie wir der Empfängerliste leider entnehmen müssen – und illegal, wie Projektpartner in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, etwa aus der Demokratische Republik Kongo oder dem Sudan, immer wieder beklagen. Auch sie fordern uns auf: »Helft uns die Kleinwaffenplage einzudämmen!«



## Die wichtigsten Liefer- und Abnehmerstaaten (2005–2009)

Quelle: SIPRI Fact Sheet 2010

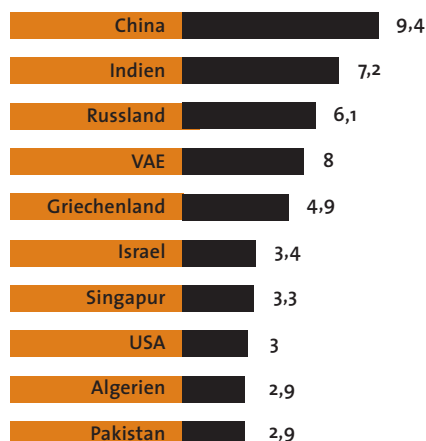
Lieferstaaten	Anteil am Weltrüstungshandel (in Prozent)	Wichtigste Abnehmer (in Prozent)
USA	30	Südkorea (14)   Israel (11)   VAE (11)
Russland	23	China (35)   Indien (24)   Algerien (11)
Deutschland	11	Türkei (14)   Griechenland (13)   Südafrika (12)
Frankreich	8	VAE (25)   Singapur (21)   Griechenland (12)
Großbritannien	4	USA (23)   Indien (15)   Saudi-Arabien (10)

### Staatliche Absicherung durch Hermes-Bürgschaften

Seit dem Jahr 2000 wurden Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an 40 Staaten im Umfang von 6,43 Milliarden Euro durch staatliche Ausfallbürgschaften (Hermes-Bürgschaften) abgesichert. Unter den Empfängern sind Länder wie Pakistan. Bei kritischen Beobachtern klingeln hier sofort die Alarmglocken: Konfliktregion, Entwicklungsland und nicht gerade eine menschenrechtskonforme Politik.

Einmal mehr wiederholt die GKKE den Appell an die Bundesregierung, darauf zu verzichten, Rüstungsausfuhren durch staatliche Ausfallbürgschaften abzusichern und damit das Geschäftsrisiko von rüstungsexportierenden Firmen zu Lasten des Steuerzahlers zu mindern. Dies kommt einer indirekten Subvention von Rüstungsausfuhren gleich, die in der Wirtschaftskrise, bei Verlust der Zahlungsfähigkeit des Kunden, rasch zu einer direkten werden kann.

Zwischen 2005 und 2009 waren die größten Importeure, gemessen an ihrem Anteil am Weltrüstungshandel (in Prozent):



### »Der Fall Griechenland«

Griechenland hat mit der internationalen Finanzkrise einen tiefen Sturz erlebt. Vor Ausbruch der Schuldenkrise hat das Land mehr als 3 Prozent seines Bruttosozialproduktes für Militärzwecke ausgegeben (Deutschland: 1,4 Prozent). Der Anteil der Militärausgaben je Einwohner betrug 680 Euro, in Deutschland 375 Euro. Zwischen 2005 und 2009 zählte das Land zu den fünf größten Waffenkäufern weltweit. 31 Prozent der Rüstungsimporte stammten aus Deutschland. Noch 2010 hat Griechenland 223 Panzerhaubitzen aus Bundeswehrbeständen im Wert von 10 Millionen Euro übernommen (Stückpreis ca. 45.500 Euro).

Deutsche Exporte von Panzern, Artillerie, Munition und U-Boote stützten den griechischen Rüstungswettbewerb mit der Türkei. Auch die Türkei profitierte von umfangreichen deutschen Rüstungslieferungen, der Überlassung von Alt-Material und Lizenzvergaben. Der Fall Griechenland lehrt, dass das Auseinanderklaffen von exzessiven Militärausgaben und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit nicht nur bei Entwicklungsländern auftritt. Deshalb sollte die Bundesregierung auch bei Rüstungsgeschäften mit Bündnispartnern deren wirtschaftlichen und politischen Folgen in Rechnung stellen.

### Unzuverlässige Informationspolitik der Bundesregierung

Die Praxis der amtlichen Rüstungsexportberichte ist nach wie vor enttäuschend, legt man als Maßstab die Verfügbarkeit, Verlässlichkeit, Reichweite, Präzision und Vergleichbarkeit der mitgeteilten Informationen zugrunde. Die Fachgruppe Rüstungsexport der GKKE kritisiert, dass die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung nicht verlässlich zu einem festen Termin und stattdessen immer zeitferner erscheinen. Die im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung zu findenden Informationen bleiben in mancher Hinsicht auch hinter Auskünften der

Regierung auf parlamentarische Anfragen zurück. Außerdem fehlen Angaben zu Voranfragen, obwohl wichtige Weichenstellungen bereits in der Phase der Anbahnung eines Transfers stattfinden. Auch der Komplex der Sammelausfuhrgenehmigungen im Zuge von Rüstungskooperationen wird nur pauschal behandelt.

Die fehlenden Angaben der Bundesregierung über die Gewährung von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen, vor allem von kleinen und leichten Waffen, sind angesichts der Kenntnisse über deren zerstörerische Wirkungen nicht akzeptabel. Zumindest sollten die Genehmigungsbehörden, so die Forderung der GKKE, in der Lage sein, auf parlamentarische und öffentliche Nachfragen präzise Auskünfte über den Sachstand und über die Möglichkeiten einer Endverbleibskontrolle zu geben. Die Summe dieser Defizite verhindert eine angemessene Bewertung der politischen Relevanz von verfügbaren Informationen zur Rüstungsexportpolitik.

### Rüstungshersteller drängen auf mehr Waffenexporte

In Deutschland drängen Rüstungshersteller in Erwartung neuer Exportaussichten darauf, die bisherigen Restriktionen für Rüstungsausfuhren abzuschwächen, um ihre Produktionskapazitäten angesichts absehbar sinkender Binnennachfrage zu erhalten. Sie können sich dabei auf entsprechende Aussagen im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 stützen. Die Argumentation seitens der Rüstungsindustrie koppelt geschickt den weiter bestehenden Bedarf an Rüstungsgütern für eine reduzierte Bundeswehr mit dem Anliegen, die Exportleistung der Hersteller zur Geltung zu bringen. Nach Aussagen von Friedrich Lürßen, Eigner der gleichnamigen Werft in Bremen und Präsident des neu gegründeten Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, gehen 70 Prozent der Produktion von Waffen und Rüstungsgütern ins Ausland. Aber nur das kann exportiert werden, so seine Aussage, was die Bundeswehr als Erstkunde gekauft hat. Bundeswehraufträge gelten als unverzichtbare Türöffner für weitere Geschäfte.

Das Drängen der Rüstungsindustrie, Produktionskapazitäten durch erleichterte Rüstungsausfuhren auszulasten, sekundiert auch die Strukturkommission der Bundeswehr in ihrem Bericht vom Oktober 2010. Um kostendeckend zu agieren, werde die Rüstungsindustrie, hier stets als »wehrtechnische Industrie« bezeichnet, mehr als bisher vom Export



und von der zivilen Verwertbarkeit ihrer Produkte abhängig sein. Die Strukturkommission empfiehlt, die »nationalen Exportrichtlinien den europäischen Standards« anzugleichen. Das verbindet sie mit der Erwartung auf eine Erleichterung der Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter. Zumindest lassen das Presseberichte mit folgenden Überschriften vermuten: »Deutsche Rüstungsexporte. Kanonen für die Konjunktur«, »Bundeswehr-Kommission: Rüstungsexporte erleichtern« oder: »Not schweißt zusammen. Die heimische Waffenindustrie fürchtet den Sparzwang und den neuen Kurs des Verteidigungsministers. Sie hofft nun auf schnellere Exportgenehmigungen.«

Die GKKE hält es für unzulässig, Entwicklung und Beschaffungen von Rüstungsgütern für die Bundeswehr in Erwartung von Exporterlösen zu planen und deshalb Rüstungsgeschäfte zu erleichtern. Sie erinnert an die Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt aus dem Jahr 2008: »Unsere Volkswirtschaft und unsere Zahlungsbilanz sind nicht auf Waffenexporte angewiesen. Zumindest wäre zu wünschen, dass wir die Richtlinien für unsere Waffenexporte wesentlich enger fassen.« Wenn die Einsparungen der deutschen Verteidigungsausgaben dazu führen, dass Rüstungsaufträge

Ein in Deutschland hergestellter Panzer der türkischen Armee während einer Militärparade  
Foto: dpa

»Unsere GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte ist zum Träger des Göttinger Friedenspreises für das Jahr 2011 gewählt worden; zusammen mit der ökumenischen Aktion ›Ohne Rüstung Leben‹. Wir freuen uns über diese Auszeichnung und sehen uns als Kirchen in unserem friedenspolitischen Engagement in ökumenischer Verbundenheit bestätigt.«

Prälat Dr. Bernhard Felmberg  
Evangelischer Vorsitzender der GKKE





Holger Rothbauer  
Foto: Privat

Die »Fachgruppe Rüstungsexporte« der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) legt seit 1997 jährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Dieser stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern zusammen und ordnet sie in das politische Umfeld ein. Er versteht sich auch als Reaktion auf die jährlichen Rüstungsexportberichte der Bundesregierung. Dies geschieht in der Absicht, den Stellenwert der deutschen Rüstungsausfuhren im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik herauszuarbeiten und um die Grundlagen für einen Dialog mit den Trägern politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung bereitzustellen.

Der »Fachgruppe Rüstungsexporte« gehören Vertreter der Kirchen, Fachleute aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen an. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird von Holger Rothbauer vertreten.

annulliert, storniert oder nicht mehr neu erteilt werden, darf das nicht als Begründung dafür dienen, Fertigungskapazitäten durch erleichterte Rüstungsausfuhren zu erhalten. Gleichfalls liegt nahe, frühere erfolgreiche Ansätze der Konversion in der Rüstungsindustrie wiederzubeleben. Sie haben deutsche Unternehmen, die neben Rüstungsgütern auch zivile Produkte herstellen, verglichen mit anderen europäischen Produzenten, weniger anfällig

gegenüber Schwankungen auf dem Weltrüstungsmarkt gemacht. Hier sind neue Impulse geboten.

### Genehmigungsvorbehalt für den Export von Rüstungsgütern

Ein unbearbeitetes, systematisches Problem stellt die Konkurrenz zweier unterschiedlicher Logiken im deutschen Rüstungsexportrecht dar. Sie schlägt sich in dessen Unterscheidung zwischen Kriegswaffen und (sonstigen) Rüstungsgütern nieder. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ist die Ausfuhr von Kriegswaffen grundsätzlich verboten, es sei denn, dass sie die Regierung ausdrücklich genehmigt. Umgekehrt schützt das Außenwirtschaftsgesetz den freien Handel mit allen Gütern, darunter auch Rüstungsgütern, und erlegt der Regierung strenge Regeln für einen Eingriff auf. Diese muss jeweils »gerichtsfest« sein.

Da die Mehrzahl der deutschen Rüstungsausfuhren aus Rüstungsgütern besteht, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz zu beurteilen sind, bringt die GKKE die Option in die Diskussion, für Kriegswaffen und Rüstungsgüter gleichermaßen einen Genehmigungsvorbehalt (kein Rüstungsexport ist erlaubt, wenn er nicht ausdrücklich genehmigt ist) einzuführen. Es sollte deshalb geprüft werden, ob die Harmonisierung der Rechtsgrundlage einen widerspruchsfreien Umgang mit Rüstungsausfuhren und ein Mehr an Transparenz versprechen kann. Außerdem wäre die Verpflichtung aufzunehmen, Genehmigungen zu begründen.

Redaktion: Paul Russmann, Januar 2011

- Der vollständige Rüstungsexportbericht 2010 der GKKE kann als PDF-Datei unter [http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB\\_2010\\_fuer\\_Presse.pdf](http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/REB_2010_fuer_Presse.pdf) bezogen werden.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 140 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Reihe »kompakt« enthält Kurzbeiträge oder Diskussionsbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, Fax 0711 608357, [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de).

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) finanziell gefördert.

»Schwerter zu Pflugscharen« – symbolische Umschmiedeaaktion während des Kirschentags in Stuttgart.  
Foto: Hans Koritke

